Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 20. Februar 1889. Nr. 85.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Plenarsitzung vom 19. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Eingegangen sind die Denkschrift, betreffend Maßregeln zur Abwehr von Ueberschwemmungsgefahren mit spezieller Berücksichtigung der schlesischen Gebirgsflüsse, der Gesetzentwurf über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Hebung der wirthschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirkes Oppeln, und der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der Hinterlegungsgelder.

Das Haus erklärt den Bericht über die bisherige Ausführung von Bestimmungen verschiedener Gesetze über den Erwerb von Privateisenbahnen durch Kenntnißnahme für erledigt und setzt sodann die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fort.

Bei Kap. 87 (Standesämter) führt

Abg. v. Schalscha (Zentr.) Klage darüber, daß in dem Kreise Gnesen so wenig Standesämter vorhanden seien, so daß einzelne Leute bis drei Meilen zu dem Standesamt zu gehen hätten. Auch sei die Belastung der Standesbeamten mit statistischen Arbeiten nicht wünschenswerth.

Minister Herrfurth erkennt die Berechtigung solcher Beschwerden an, der Grund dafür liege in dem Mangel geeigneter Persönlichkeiten in dem Kreise Gnesen. Die wichtigen statistischen Angaben könnten nur durch die Standesbeamten gemacht werden, wofür dieselben auch eine Remuneration erhielten.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Schalscha an. Die wenigen Standesbeamten des Kreises seien derart mit Arbeiten belastet, daß die Leute stundenlang auf Abfertigung warten müßten. Wegen der Schwierigkeiten, mit denen dies Amt im Kreise Gnesen verbunden sei, wären auch die Eintragungen in die Register oft mangelhaft, namentlich hinsichtlich der Rechtschreibung von Eigennamen. Um eine sichere Beurkundung des Personstandes zu erreichen, empfehle sich eine Abänderung des Zivilstandsgesetzes, das aus der Zeit des Kulturkampfes stamme und jetzt außer Wirksamkeit gesetzt werden könne.

Minister Herrfurth erwidert, daß über die Rechtschreibung der Eigennamen an die Standesbeamten Anordnungen erlassen seien. Zu einer Aenderung der Zivilstandsgesetzgebung könne er nicht die Initiative ergreifen.

Abg. v. Jazdzewski bemerkt, daß der Erlaß des Ministers nur mangelhaft ausgeführt werde. Der Hauptmangel liege darin, daß sich Standesamts- und Gutsbezirk nicht deckten.

Abg. Wessel (freikons.) entgegnet, daß das Letztere in konfessionell gemischten Gegenden nicht gut möglich sei. Die Uebelstände seien ja nicht abzuleugnen, doch brauche man deshalb nicht das ganze Gesetz aufzuheben, sondern man solle einfach die Ausübung dieses Amtes an besoldete staatliche Beamte übertragen.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) ist der Meinung, daß die jetzige Einrichtung der Standesämter nicht haltbar sei. Schon nach einer Generation seien die Nachweisungen über die Standesverhältnisse sehr schwierig, wenn nicht unmöglich.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird das Kapitel bewilligt.

Bei Kapitel 90, „Landräthliche Behörden und Aemter", beschwert sich

Abg. Dr. Lotichius, daß der Landrath in Meisenheim zur Dienstwohnung das Schloß zu Meisenheim habe, das für ein fiskalisches Gebäude zu kostbar sei.

Minister Herrfurth erwidert, daß ihm amtlich von dem Falle nichts bekannt sei. Uebrigens hätten die Landräthe keine Dienstwohnung, sondern Privatwohnung, wofür sie Wohnungsgeldzuschuß bekämen.

Bei dem Titel „Kreissekretäre" tritt

Abg. Dr. Ritter (freikons.) für eine Erhöhung des Minimalgehalts der Kreissekretäre von 1800 auf 2000 Mark ein.

Minister Herrfurth erwidert, daß die angeregte Erhöhung nicht möglich sei ohne eine gleichzeitige Gehaltserhöhung der Regierungs-Büreaubeamten. Sonst stehe er den Wünschen der Kreissekretäre wohlwollend gegenüber.

Zu Titel 10, „Dienstaufwendungs-Entschädigung für Landräthe", empfiehlt

Abg. v. Meyer (Arnswalde, wild konservativ) eine Erhöhung der Dienstaufwendungs-Entschädigung, die um so dringender sei, als die Landräthe die am schlechtesten besoldeten Beamten seien, und bittet um Auskunft darüber, wieviel von den zur Bestreitung extraordinärer Zuschüsse zu diesen Entschädigungen reservirten 58,490 Mark verwandt worden seien.

Minister Herrfurth erwidert, daß von dieser Summe bis jetzt nur wenig für besonders belastete Beamte verwandt sei. Mit 50,000 Mark ließe sich freilich wenig machen, obwohl das Bedürfniß nicht zu bestreiten sei. Auch er sei der Ansicht, daß die Landräthe die schlechtest besoldeten Beamten seien.

Bei dem Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin" lenkt Abg. Dr. Arendt (freikons.) die Aufmerksamkeit des Ministers auf den Unfug, welcher in Berlin mit dem Verkauf von Extrablättern getrieben wird. Im Laufe des letzten Jahres seien die Empfindungen der Einwohner durch die gemeine Spekulation mit den Extrablättern vielfach verletzt worden. Die Verkäufer sehen aus wie Bassermann'sche Gestalten und ihr wüstes Geschrei gebe ein Bild von der Wahlagitation Boulangers. Die Polizei müßte diesem Unwesen gegenüber einschreiten und es sei auch möglich dadurch, daß man die Verkäufer, wenn sie alte Nachrichten verkaufen, wegen Betruges verfolge oder aber wegen groben Unfugs. (Beifall.)

Minister Herrfurth: Die Herren, welche soeben Bravo gerufen, haben wohl die Konsequenzen des Antrages des Vorredners nicht genügend erwogen. Der Extrablattverkauf hat sich als ein Schwindel herausgebildet. Soweit nun aber der Herr Vorredner ein Einschreiten gegen den Redakteur und Verleger wegen des Inhaltes beantragt, läuft dieser Antrag eigentlich auf die Einführung einer Zensur hinaus. (Abg. Rickert: Sehr richtig!) Sobald durch den Inhalt des Extrablattes ein Gesetz verletzt wird, wird auch eingeschritten. Gegen die Verkäufer und Ausrufer wird eingeschritten, sobald sie Verkehrsstörungen hervorrufen und sobald grober Unfug getrieben wird. Gegen das Ausrufen der Extrablätter einzuschreiten, ist unmöglich, denn alsdann würde in Berlin auch kein Sandverkäufer existiren können. (Sehr richtig.) Ich halte es überhaupt nicht für wohlgethan, immer gleich nach der Polizei zu rufen. (Lebhafter Beifall.) Das Publikum hat seinen Schutz selbst in der Hand; wer zweimal hineingefallen ist, wird sich hüten, nochmals hineinzufallen, im Uebrigen denke ich, wir überlassen den Ankauf der Extrablätter denen, die nicht alle werden. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Rickert (dfr.): Ich unterschreibe Alles, was der Herr Minister gesagt hat, ich freue mich über diese Rede, wie sie sonst nur von Abgeordneten gehalten wird. Meine Nerven sind von dem Geschrei auf der Straße noch nicht so angegriffen wie die des Abg. Arendt. Die Sache wird aufhören, sobald das Publikum die Leute einfach stehen läßt, so daß sie keinen Absatz finden. Das ist das beste Mittel, dem Unfug entgegenzutreten.

Abg. Dr. Windthorst: Auch ich bemerke, daß ich in allen Punkten mit dem Herrn Minister einverstanden bin. (Beifall.)

Die Abgg. von Czarlinski und von Jazdzewski beklagen sich über das Verbot des Handels mit polnischen Gebetbüchern in der Provinz Posen, wie es einzelnen Händlern zugegangen sei.

Minister Herrfurth: Die Untersagung des Verkaufes erfolge durch die Selbstverwaltungs-Behörden, gegen deren Anordnungen er nicht eingreifen könne.

Abg. Dr. Windthorst hält das Verbot nicht für gerechtfertigt und meint, daß man den Verkauf in allen Fällen zulassen solle, wenn eine bischöfliche Genehmigung für denselben gegeben sei.

Abg. v. Czarlinski: Die Sache habe nur den Zweck, der polnischen Bevölkerung die polnischen Gebetbücher zu entziehen.

Die Kapitel über die Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen werden genehmigt.

Bei dem Titel „Landgendarmerie" befürwortet Abg. v. Meyer-Arnswalde eine weitere Vermehrung der Fußgendarmerie, wenn auch vielleicht auf Kosten der Berittenen, weil die ländliche Polizei seit Einführung der Kreisordnung noch viel dilettantischer geworden sei als früher.

Abg. Frhr. v. Liliencron (kons.) hält eine solche Vermehrung für sehr schwierig, weil gegenwärtig schon eine große Anzahl von Manquements vorhanden sei, welche der Chef der Gendarmerie nicht auszufüllen vermöge. Redner befürwortet alsdann die Aufbesserung der Lage der Gendarmen durch Einführung des Services.

Minister Herrfurth: Er werde von diesen Anregungen Gebrauch machen, bemerke aber, daß die Einführung des Services etwa 280,000 Mark jährlich kosten würde. Fraglich sei es, ob der Service einfach durch den Etat eingeführt werden könne, oder ob dies durch Gesetz erfolgen müsse.

Bei dem Kapitel „Strafanstalts-Verwaltung" nimmt Abg. Olzem (natl.) Veranlassung, für eine Reform der Strafvollstreckung, namentlich bei den kurzen Strafen, zu plädiren, indem er sich von einer Verschärfung, verbunden mit Abkürzung der Strafzeit, eine größere Einwirkung auf die Besserung der Gefangenen verspricht. Auch bezüglich der Beköstigung der Gefangenen hält er Einschränkung für nothwendig, da diese Beköstigung erheblich besser sei, als die freien Arbeiter sie sich schaffen könnten.

Minister Herrfurth bemerkt, daß der größte Theil dieser Ausführungen sich an eine falsche Adresse gerichtet habe. Soweit sein Ressort in Frage komme, träfen die Schilderungen des Vorredners nicht zu.

Abg. v. Hergenhahn (natl.) verweist auf die Schwierigkeit, eine Art der Beschäftigung der Gefangenen zu finden, welche einmal dem Zwecke der Strafrechtspflege entspreche und andererseits der bürgerlichen gewerblichen Thätigkeit nicht zu schwere Konkurrenz mache. Es empfehle sich deshalb versuchsweise die Beschäftigung der Gefangenen mit wirthschaftlichen und Kulturarbeiten. Leider sei die der freien Thätigkeit geschaffene Konkurrenz noch lange nicht beseitigt, sie trete vielmehr von bestimmten Anstalten neuerdings stärker hervor, so zum Beispiel in der Strafanstalt zu Halle, wo eine Tischlerei mit Dampfbetrieb eingerichtet worden sei. Eine derartige Beschäftigung der Gefangenen mache die Konkurrenz dieser Arbeit für das freie Gewerbe nur noch intensiver. Schließlich empfiehlt Redner die Nutzbarmachung der Gefängnißarbeit für Staats- und Militärzwecke.

Minister Herrfurth erklärt sich mit den vom Vorredner ausgesprochenen Ansichten im wesentlichen einverstanden. Seitens des Ministeriums des Innern werde, soweit möglich, nach diesen Ausführungen verfahren. Die Beschäftigung der Gefangenen mit nutzbringender Arbeit sei eine dringende Nothwendigkeit, einmal in ethischer Beziehung, ferner aber auch, um die Erhaltung der Gefangenen auf Kosten der Allgemeinheit zu ermäßigen. Dabei sei allerdings möglichste Rücksicht auf die freie Arbeit zu nehmen. Eine Anfrage, ob es möglich sei, Gefangene beim Kanalbau zu beschäftigen, sei verneinend beantwortet worden, weil bei diesen Bauten kostspielige Maschinen zur Anwendung kommen und weil die Bewachung der Gefangenen zu erhebliche Kosten verursachen würde. Die Dampfmaschine in der Strafanstalt zu Halle sei nicht neuerdings angeschafft, es sei vielmehr bereits wegen der Beseitigung derselben verhandelt. In Betreff der Nutzbarmachung der Gefangenen-Arbeit für Militärzwecke sei geschehen, was geschehen konnte.

Abg. Pleß (Zentr.) führt aus, daß bisher die Gefängnißarbeit nur dem kleinen Handwerk Konkurrenz gemacht habe, gegenwärtig aber sei sie so ausgedehnt, daß die Großindustrie ebenfalls Klage erhebe. Bei etwas gutem Willen würde eine Abhülfe der Klagen nicht so schwierig sein.

Abg. Goldschmidt (dtschfr.): Er zweifle nicht an dem guten Willen des Herrn Ministers, bemerke aber, daß bis jetzt noch sehr wenig geschehen sei, den Klagen abzuhelfen. Namentlich die Blumenfabrikation, welcher ein wesentlicher Zweig der Hausindustrie sei, habe schwer unter der Konkurrenz der Strafanstalten zu leiden, und empfehle er diesen Industriezweig namentlich der Berücksichtigung des Ministers. Diese Fabrikation sei erheblich zurückgegangen durch die Konkurrenz, denn während wir 1880 in Berlin noch 1000 Blumenarbeiterinnen hatten, ist diese Industrie heute kaum im Stande, 200 Arbeiterinnen zu beschäftigen. Er bitte den Minister zu erwägen, ob nicht diese Industrie den Gefängnißarbeiten ganz zu entziehen sei.

Minister Herrfurth: In den Strafanstalten, die meinem Ressort unterstehen, werden die Gefangenen mit der Fabrikation von Blumen, hier in Berlin gar nicht, sondern nur in sehr entfernten Provinzen und da auch nur 128 Arbeiterinnen beschäftigt.

Geh. Ober-Justizrath Starke bittet, die Diskussion über die Frage der Blumenfabrikation so lange auszusetzen, bis die in dieser Beziehung dem Hause zugegangene Petition geprüft sei.

Abg. Knörcke (dtschfr.) befürwortet eine Regelung der Pensionsverhältnisse der Lehrer an den Strafanstalten.

Minister Herrfurth entgegnet, daß er die Uebelstände zwar als berechtigt anerkenne, ihm aber durch das Pensionsgesetz von 1872 hinsichtlich der Strafanstalts-Lehrer die Hand gebunden sei. Wenn man die Pensions-Verhältnisse dieser Lehrer aufbessern wolle, müsse man das Gesetz ändern. Wie die Sache jetzt liege, könne er leider eine Berücksichtigung dieser Wünsche nicht zusagen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte, in welcher die Abg. Metzner (Zentrum), Fuchs (Zentr.), Lückhoff (frk.), Cremer (kons.) gleichfalls eine Verminderung der Konkurrenz der Gefangenenarbeit für wünschenswerth erklären, die Abg. Bachem (Zentr.) und Kropatschek (kons.) die Aufbesserung der Strafanstaltslehrer empfehlen, wird das Kapitel bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Rickert, betreffend Regelung von Beginn und Ende der Schulpflicht, Antrag Berling, betreffend die Verhütung von Wildschaden.

Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 19. Februar. Der Kaiser unternahm am heutigen Vormittag eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Von derselben zurückgekehrt, nahm derselbe den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls v. Liebenau entgegen, sprach sodann den Geheimen Regierungsrath Mießner und empfing den Chef der Admiralität und später den Chef des Militär-Kabinets Generallieutenant v. Hahnke zu Vorträgen.

— In der telegraphisch gemeldeten Erklärung des „Hannov. Kour." über die absurden Preßerörterungen der vorigen Woche heißt es: „Die regierungsfeindliche Presse kann sich nicht genug thun in Erörterungen über angeblich in der nationalliberalen Partei vorherrschende Spaltungen, welche durch den bekannten Artikel der „Hamb. Nachr." und den dazu gelieferten Kommentar in der „Augsb. Abendztg." enthüllt sein sollen. Jedenfalls haben die Führer der nationalliberalen Partei mit dieser ganzen Angelegenheit nichts zu thun, und wir sind in der Lage versichern zu können, daß namentlich Herr Dr. v. Bennigsen keine der ihm von den Kommentoren jener Artikel zugeschriebenen Aeußerungen gethan hat. Durchaus aus der Luft gegriffen ist auch die Behauptung der „Deutschen volksw. Korresp.", nach welcher der „angesehenste Führer" der nationalliberalen Partei in einer Fraktionsversammlung die Getreidezölle als mit dem Tode des Fürsten Bismarck von selbst wegfallend bezeichnet haben soll. Für jeden, der Herrn v. Bennigsen's politische Laufbahn mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, bedarf es keines Wortes weiter, um die völlige Haltlosigkeit der Mittheilung der „Deutschen volksw. Korresp." darzuthun. Da jedoch die gegnerische Presse ohne Weiteres die Richtigkeit jener Angabe annimmt, so erklären wir ausdrücklich, daß dieselbe jedes Grundes entbehrt."

— Aus Stuttgart erhält die „Nat.-Ztg." folgende Mittheilung zur Posener Ansiedelungs-Angelegenheit:

Stuttgart, 19. Februar. Laut einer Einsendung des Landwirths Essich in Bietigheim an den „Merkur" ziehen in diesem Frühjahr 20 Familien aus Würtemberg nach der Provinz Posen, um dort ein erstes schwäbisches Dorf zu gründen.

Elbing, 18. Februar. Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat die russische Regierung bei der Firma Schichau wieder drei Torpedofahrzeuge bestellt, nämlich einen Torpedoaviso, für welchen während zweistündiger Abnahmeprobefahrt 26½ Knoten Geschwindigkeit garantirt wurde, einen Torpedokreuzer für 21 bis 23 Knoten Fahrt und ein eben so schnelles Torpedoboot von 39 Meter Länge. Die Schiffe erhalten Dreifach-Expansionsmaschinen nach dem der Werft eigenen System.

Vom Oberharz, 17. Februar. Die Konsumvereine haben wohl nirgend eine verhältnißmäßig so bedeutende Ausdehnung gewonnen, als im Harz. Hier, wo die Verhältnisse mehr als im Flachlande dazu drängen, alle Konsumtibilien „für den baaren Groschen" zu kaufen, wo der Berg- und Hüttenmann alle Lebensbedürfnisse aus zweiter und dritter Hand beziehen muß, besteht ein erhöhtes Interesse, letztere thunlichst billig, thunlichst gut zu beschaffen. Diesem Sonderbedürfniß haben die Bergbehörden im Anfang des vorletzten Jahrzehnts durch Anregung, Förderung und Begünstigung der Konsumvereine Rechnung getragen und die gewonnenen Resultate sind recht günstige gewesen. In sämmtlichen Harzbergstädten bestehen die Konsumvereinigungen auf gesicherter Grundlage, weisen sämmtlich einen bedeutenden Reservefonds auf, zählen ihre Mitglieder nach Tausenden und gewähren neben besten Konsumtibilien namhafte pekuniäre Vortheile in den jährlichen Dividenden. Letztere sind im vergangenen Jahre in keinem Orte, soviel zu übersehen, unter 10 Prozent des Waarenankaufs der Mitglieder zurückgeblieben.

München, 17. Februar. Die „M. A. Z." berichtet: „Die der Nachlaßmasse weiland König Ludwig II. anhaftenden Verbindlichkeiten belasten die königliche Zivilliste noch auf ungefähr 20 Jahre hinaus. Um hier einigermaßen Erleichterung zu schaffen, werden demnächst zwei zur Zivilliste gehörige Objekte, nämlich der an der Heustraße gelegene Hofjagdzeugstadel und ein an der Jungfernthurmstraße befindliches Bauareal, dem Verkauf unterstellt.

Straßburg, 15. Februar. Wie der „Straßb. Post" mitgetheilt wird, beabsichtigt das Ministerium, auf Grund des § 80 der Gewerbeordnung eine Arzneitaxe für Elsaß-Lothringen vom 1. April d. J. ab einzuführen. Zu diesem Zwecke tagte vorigen Montag eine Kommission unter Vorsitz des Geheimen Medizinalraths Dr. Krieger. Die für das Reichsland bestimmte Taxe ist mit Zugrundelegung der königlich preußischen Arzneitaxe (1889), den Verhältnissen Elsaß-Lothringens entsprechend, ausgearbeitet worden; es wird der Entwurf mit den Gutachten der Kommission dem Ministerium bereits vorgelegt worden sein. — In der heutigen Sitzung des Landesausschusses gelangte nach dem Etat der Tabakmanufaktur auch der der direkten Steuern zur unveränderten Annahme. Die Ziffern des Kommissionsberichts über das Verhältniß der eingeborenen Elsaß-Lothringer unter den Beamten und Anwärtern der Steuerverwaltung gaben dem Abg. Petri Anlaß, dasselbe als ein sehr erfreuliches zu bezeichnen. Unter dem Beifall des Hauses fügte er hinzu: „Erfreulich in doppelter Beziehung, einmal deshalb, weil wir daraus ersehen, daß Elsaß-Lothringen, d. h. sowohl Söhne der altelsässischen Familien, wie auch der Landesbeamten, in immer größerer Zahl sich dem Staatsdienst widmen, und zum anderen darum, weil die Regierung bereitwilligst diese jungen Leute anstellt. Ich glaube, daß ich der Stimmung des Hauses richtigen Ausdruck verleihe, wenn ich hierüber unsere volle Befriedigung und Anerkennung kundgebe und gleichzeitig die Hoffnung ausspreche, daß die Regierung auf diesem Wege fortschreiten möge und die Landesbeamten, soweit als irgendwie thunlich, aus Elsaß-Lothringern selbst rekrutire."

Aus Lothringen, 15. Februar, meldet die „Straßb. Post": Ganz unverkennbar ist neuerdings ein Stillstand in Bezug auf die Auswanderung nach Frankreich eingetreten. Die Ursache davon dürfte zunächst in der sich allenthalben bemerklich machenden Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse unserer Gegend, dann aber auch im Paßzwange zu suchen sein. Bei der Schwierigkeit, in die Heimath zurückzukehren, besinnt man sich zweimal, ehe man den Entschluß faßt, auszuwandern, zumal nach den Briefen, welche in letzter Zeit aus Frankreich kommen, da die dorthin verzogenen Elsaß-Lothringer durchaus nicht auf Rosen gebettet zu sein scheinen.

Ausland.

Bern, 16. Februar. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat einen von Fürsprech Alex. Reichel und Fürsprech A. Steck, beide in Bern, unterzeichneten Aufruf „an alle sozialdemokratisch gesinnten Schweizer, in welcher Lebensstellung sie sich auch immer befinden mögen", erlassen zum Beitritt „zu der neugebildeten sozialdemokratischen Partei, der heutigen Fortschrittspartei".

Brüssel, 15. Februar. Die Regierung gedenkt bis zur nächsten (übrigens nicht ganz sichern) Zusammenkunft der internationalen Zuckerkonferenz für Belgien die Zuckersteuer auf einer neuen Grundlage zu regeln. Die Materialsteuer soll wie bisher an sechs Millionen Franken eintragen, jedoch soll die Ausbringung an Rohzucker zu dem erhöhten Satze von 1,6 Kg. von 100 Kg. Rüben angenommen werden, um, den Beschlüssen der Londoner Konferenz gemäß, die Ausfuhrvergütung zu ermäßigen. Mehrere Abgeordnete, welche zuckergewerbliche Kreise vertreten, verlangten Zurückstellung dieser Regierungsvorlage bis 1891. Der Finanzminister widersetzte sich heute diesem Antrage und legte die Nothwendigkeit der Reform gründlich dar.

Woeste liegt in heftigem Hader mit dem „Journal de Bruxelles" um seines von diesem Blatte als ganz verkehrt bezeichneten Antrages willen, den freiwillig 1879 aus dem Staatsdienst ausgetretenen Lehrern die gezahlten Pensionsgelder, allen Verwaltungsgrundsätzen zuwider, zurückzuerstatten. Jetzt wird er vom Journal geradezu beschuldigt, er gehe darauf aus, das Ministerium zu schwächen, gerade so wie bereits von 1876 bis 1878 das Ministerium Malou dadurch geschwächt wurde, daß es in der Oeffentlichkeit hieß, die Heißsporne hätten die Oberhand.

London, 15. Februar. Freudig athmen heute alle Gladstonianer auf, denn der große Greis ist an Rom vorbeigefahren, hat also den Papst nicht besucht und folglich auch nicht die heikle Frage der weltlichen Herrschaft in die Mache nehmen können. Er reiste schnurstracks von Amalfi über Neapel und Rom nach Cannes. In Neapel stand der Bürgermeister Baron Niseo auf dem Bahnsteig und wünschte ihm ein herzliches Lebewohl. In Rom langte er gestern Abend gegen 9 Uhr an und fand dort keinen geringeren als den Premierminister Crispi, welcher ihm die Hand schüttelte und Frau Gladstone den Arm anbot, um sie zum Erfrischungszimmer zu geleiten. Darauf fuhr das Paar mit dem nächsten Zuge nach Cannes weiter. Wir werden wohl nie erfahren, welche Mühe es gekostet hat, Gladstone von dem Tauschgeschäfte mit dem Papst abzubringen. Jedenfalls schwebte ihm der Gedanke vor, demselben für die Unterstützung des irischen Home Rule als Gegenleistung eine Besserung seiner weltlichen Stellung anzubieten, letzteres natürlich erst zahlbar nach Gladstones Wiedereintritt ins Amt. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte er schon von dem ersten Tage an, da des Marquis de Riso Brief erschien, welcher den Handel einleitete, seine Haltung klargestellt. Jetzt, da Gladstone dank den Ermahnungen, die ihm die „Daily News" ertheilte, die Vergeistlichung Roms aufgegeben hat, gesteht der Marquis de Riso selbst im „Osservatore Romano" zu, daß er Gladstone mißverstanden habe. Auch hat Gladstone in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Riforma" betont, daß er die weltliche Macht mit der Einheit und Freiheit Italiens für unvereinbar halte; nur wünsche er die Person des Papstes mit der Ehrfurcht, dem Zauber und der Gewähr seines Ansehens umgeben zu sehen u. s. w. Mit diesen schönen Worten aber kann der Papst nichts anfangen, und daher wird er wohl einstweilen in irischen Dingen sich an Lord Salisbury halten. In England erwartet den Hort der irischen Pächter insofern eine unangenehme Ueberraschung, als es bekannt geworden, daß eine Menge von Pächtern auf Gladstones Gut in Hawarden wegen Zahlungsunfähigkeit ebenso rücksichtslos aus Haus und Hof ausgewiesen worden sind, wie ihre Kollegen in Irland. Freilich soll Gladstone selbst daran keine Schuld tragen, da er schon lange die Sorge für das Gut seinem ältesten Sohn übertragen hat.

London, 18. Februar. Die Regierung will angeblich vom Parlament einen Kredit von 100 Millionen Pfund Sterling für Zwecke der Marine und der Landesvertheidigung verlangen.

London, 18. Februar. Das Schulschiff „Cumberland" bei Glasgow, mit 400 Zöglingen an Bord, wurde gestern Nacht von diesen in Brand gesteckt und brannte gänzlich nieder. Die Rettung aller auf dem Schiffe befindlichen Personen ist glücklicherweise gelungen.

Riga, 14. Februar. In voriger Woche ist in Petersburg das Urtheil über weitere fünf livländische Pfarrer vom Senate gefällt worden. Es lautet: Pastor Sokolowski zur Entsetzung vom Amt und ein Jahr Gefängniß; die Pfarrer Vogel, Berg, Poset und Reinberg zu vier Monaten Amtsenthebung. Der Vertheidiger Utin, nächst Schassowitsch der angesehenste Advokat der Residenz, hat in einer glänzenden Rede nachgewiesen, daß die ihnen zur Last gelegten Handlungen (Sakramentertheilung an Glieder der russischen Kirche und bei Sokolowski Konfirmation eines orthodoxen Knaben) nach dem für die Ostseeprovinzen geltenden Recht nicht strafbar seien. Aber der Senat weiß ja, was die öffentliche Meinung, die Kirche und wohl auch der Zar fordern, und da haben Recht und Gesetz wenig Gewicht. Die vorher verurtheilten protestantischen Pfarrer in Livland waren Poset, Harff und Brandt. Noch eine andere Gefahr droht der Kirche der Ostseeprovinzen. Die Pastoren sind seit Jahrhunderten mit Pfründen ausgestattet, welche dem Pfarrer eine mäßige aber gesicherte materielle Unterlage gewähren. Jetzt hat die Regierung eine Nachforschung angestellt über diese Pfründen und droht alle einzuziehen, die keine Rechtsurkunde ihrer Gründung aufzuweisen vermögen. Die Gründung geht vielfach bis in das 16. Jahrhundert zurück, und es sind keine Urkunden vorhanden, nachdem die Kriege so vieles zerstört haben. So fürchtet man, daß die Kirche um ihren uralten Besitz kommen werde, was ja wohl der eigentliche Zweck der Regierung auch ist. Der Gouverneur von Livland hat bekanntlich unlängst dem Monarchen einen Vorschlag unterbreitet, wie der deutsche Adel des Landes materiell könne geschwächt und dadurch politisch unschädlich gemacht werden. Der Zar war denn doch zu rechtlich gesinnt, um den Vorschlag zu billigen. Aber die Kirche ist etwas anderes, da würde durch materielle Schwächung kein persönliches Eigenthum verletzt, und Säkularisation ist ein in der Geschichte oft vorgekommener staatlicher Gewaltakt. Der wird vielleicht das Gewissen des Zaren nicht verletzen, und so versucht man es denn, an dieser Stelle den Provinzen einen schweren Schlag beizubringen.

Christiania, 18. Februar. Der Führer der Linken im Storthing brachte folgende Interpellation ein: „Vermeint die Regierung mit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Storthings das für eine parlamentarische Regierung nothwendige Vertrauen der Mehrheit der Nationalversammlung zu besitzen?" Auf Vorschlag des Präsidenten, Advokaten Stang (von der Rechten), wird diese Interpellation in einer späteren Sitzung zur Verhandlung kommen. Uebrigens liegen Anzeichen vor, daß die Tage des Sverdrup'schen Ministeriums, das seit 1884 die Geschäfte leitete, gezählt sind und dasselbe von einem Rath aus der Rechten abgelöst werden dürfte.

Sofia, 18. Februar. Bei den gestern stattgehabten Ersatzwahlen zur Sobranje wurden 7 Anhänger der Regierung und 1 Anhänger Radoslawow's gewählt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Februar. Ein allgemeiner deutscher Tapezierer-Kongreß wird am 28. Februar in Dresden stattfinden. Wie auf den meisten Kongressen der Arbeiter, so wird auch bei dieser Zusammenkunft der Hauptpunkt der Tagesordnung die jetzt „brennende Frage" sein: „Zentrale oder lokale Organisation?"

— Dem Kreis-Physikus Dr. Kraft zu Rummelsburg ist der Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Mit 50 Pf. Aufzahlung. Zum 5. Male: „Die Meistersinger von Nürnberg." Große Oper in 3 Akten. — Bellevuetheater: „Das Geheimniß der alten Mamsell."

Vermischte Nachrichten.

— (Die Rache des Bettlers.) Wie rächt sich ein Bettler, den man abgewiesen? Die Lokalchronik verzeichnet häufig solche Fälle: Hier wird eine Dame von einem Zudringlichen beschimpft, dort beschädigt ein Zudringlicher, den man abgewiesen, den Klingelzug, und ein Dritter schreibt den Leuten irgend etwas auf die Hausthüre, was durchaus keine Schmeichelei ist. Wie gesagt, derlei kommt oft genug vor. Aber das nachfolgende, vom „Neuen Wiener Tagbl." erzählte Geschichtchen von Bettlerrache darf jedenfalls auf Originalität Anspruch erheben. Der pensionirte Rechnungsrath Ritter v. Rosenthal wies vorgestern Nachmittag einen Bettler ab. Als der Rechnungsrath sich kurz darauf aus seiner Wohnung entfernen wollte, bemerkte er, daß der Bettler ihn eingesperrt hatte, indem er die äußere Thüre — mit einem Vorhängschloß versperrte! Herr v. Rosenthal wurde durch die Hausbesorgerin aus seiner unfreiwilligen Gefangenschaft befreit. Man ermittelte auch den Bettler und brachte ihn auf das Polizei-Kommissariat Landstraße. Der Verhaftete, ein arbeitsloser Buchbinder Namens Josef Wachlawiczek, gab an, das Schloß gefunden zu haben. Da sein Vorgehen, das auf unbefugte Einschränkung der persönlichen Freiheit abzielte, das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit begründet, wurde er dem Landesgerichte eingeliefert.

— Ein Artisten-Engagement wurde dieser Tage auf einem Berliner Agentur-Bureau, welches vorzugsweise mit Spezialitäten-Theatern arbeitet, mittelst eines Telegramms abgeschlossen, welches große Heiterkeit erregte und wieder einmal beweist, daß „Noth kein Gebot" kennt. Der Artist W., dessen Bildung weniger in seinem Kopf als in seinen drahtseilgewandten Beinen wurzelt, ist wegen seiner trefflichen Leistungen in den „höheren Regionen" ebenso gesucht, wie wegen seiner göttlichen Grobheit gefürchtet. Vor sechs Wochen gerieth er mit seinem Direktor in einer großen Provinzialhauptstadt wieder einmal in einen heftigen Streit, welcher derartig ausartete, daß W. schließlich dem Herrn Chef eine schallende Backpfeife verabreichte, was natürlich seinen sofortigen Abgang zur Folge hatte. Der Direktor, welcher W. mit einer Klageandrohung entließ, bemühte sich bis jetzt vergeblich, einen passenden Ersatz für seinen ebenso zugkräftigen, wie schlagfertigen Artisten zu finden, als ihm die obige Agentur das Wiederengagement des hier privatisirenden W. vorschlug, welche Offerte er sofort mit nachfolgender Depesche antwortete: „Wenn W. verspricht, sich nicht mehr an mir zu vergreifen, kann er kommen; verspricht er es aber nicht — dann meinetwegen auch." Der Artist kehrte unter dieser Bedingung vergnügt zu seinem Direktor zurück — ob er „versprochen" oder „nicht versprochen" hat, muß die Zukunft lehren.

Aus Schlesien, 15. Februar. Daß ein geringfügiger Schreibfehler im Stande ist, einem Verbrecher das Leben zu retten, hat die neuliche Verhandlung vor dem Schwurgericht in Oppeln gezeigt. Der Stellmacher Kontny, welcher seine Frau aus Eifersucht erschlagen hatte, war deshalb in Oppeln zum Tode verurtheilt worden, nachdem die Geschworenen ihn mit mehr als 7 Stimmen des Mordes für schuldig erklärt hatten. Der Obmann hatte dabei in dem ihm zugestellten Fragebogen aus Versehen geschrieben: „Mit mehr als 7 Stunden" anstatt „mit mehr als 7 Stimmen." Der Vertheidiger suchte deshalb beim Reichsgericht die Kassation des Urtheils nach und drang mit seinem Antrag auch durch. Die Sache wurde zur nochmaligen Verhandlung wiederum an das Oppelner Schwurgericht verwiesen. Dieses, mit andern Geschworenen als bei der ersten Urtheilsfällung besetzt, erkannte nicht auf Mord, sondern auf Todtschlag, und Kontny erhielt nunmehr 12 Jahre Zuchthaus.

— Ein Schriftsteller trägt den Arm in der Binde. Einer seiner Freunde stellt an ihn die Frage, ob er im Duell verwundet worden sei. „Nein", erwiderte er, „ich bin auf dem Glatteis gefallen und habe mir den rechten Arm verstaucht." — „Unglücklicher!" schreit sein Freund entsetzt auf, „womit dichtest Du denn jetzt?"

— Vom (Wiener Fasching.) „Na, is dös an öder Fasching heuer, Madeln!" sagt die Mutter; „dö sechste Woch' schon, und m'r had'n no net amal 'n Vatern sei silberne Uhr versetzt."

Schiffsbewegung.

(Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.)

„Slavonia", am 9. Februar von Stettin nach Newyork abgegangen; „Gellert", von Hamburg nach Newyork, am 12. Februar von Havre weitergegangen; „Gothia", von Newyork, am 13. Februar in Stettin angekommen; „Rhaetia", von Newyork, am 13. Februar in Hamburg angekommen; „Teutonia", von St. Thomas, am 13. Februar in Hamburg angekommen; „Cintra", am 13. Februar von St. Thomas nach Hamburg abgegangen; „Suevia", am 14. Februar von Newyork nach Hamburg abgegangen; „Flandria", am 14. Februar von St. Thomas nach Hamburg abgegangen; „Bavaria", von Hamburg, am 15. Februar in St. Thomas angekommen; „Francia", am 16. Februar von Baltimore nach Hamburg abgegangen; „Rhenania", am 16. Februar von Hamburg nach Baltimore abgegangen; „Borussia", von St. Thomas nach Hamburg, am 16. Februar in Havre angekommen; „Albingia", von Hamburg, am 16. Februar in La Guayra angekommen; „Australia", von Newyork, am 17. Februar in Hamburg angekommen; „Holstein", von St. Thomas nach Hamburg, am 17. Februar von Havre weitergegangen; „Helvetia", von Hamburg nach St. Thomas, am 17. Februar von Havre weitergegangen; „Sorrento", am 17. Februar von Hamburg nach Newyork abgegangen; „Wieland", von Hamburg, am 15. Februar in Newyork angekommen.

(Norddeutscher Lloyd.)

Der Schnelldampfer „Aller", Kapt. H. Christoffers, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 6. Februar von Bremen und am 7. Februar von Southampton abgegangen war, ist am 16. Februar, 1 Uhr Morgens, wohlbehalten in Newyork angekommen.

Bankwesen.

(Preußische 3½ pCt. Staatsschuldscheine.) Die nächste Ziehung findet im März d. J. statt. Gegen den Koursverlust von ca. 1½ pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 10 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 19. Februar. Die Pester Militärkonferenz unter dem Vorsitze des Kaisers gilt der Weiterberathung des Exerzier-Reglements. Gerüchtweise hat der Chef der Militärkanzlei, Popp, demissionirt.

Wien, 19. Februar. Abgeordnetenhaus. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die regelmäßige Stellung zum Militärdienste im Jahre 1889 aufgeschoben wird und nach Maßgabe einer besonderen Zeitbestimmung stattfinden soll, welche der gesetzlichen Bewilligung zur Aushebung der Rekruten vorbehalten ist.

Haag, 19. Februar. Der König hatte eine ruhige Nacht. Die Entzündung im Munde und Halse hat nicht weiter um sich gegriffen.

Paris, 19. Februar. Mehrere Morgenblätter glauben, der Präsident Carnot werde heute Morgen Freycinet oder Goblet zu sich berufen; wahrscheinlich jedoch Freycinet, welcher bereits ein vollständiges Ministerium in Bereitschaft haben soll.

Belgrad, 19. Februar. Die Handelsvertrags-Verhandlungen Serbiens mit Bulgarien sind gestern abgebrochen worden, weil die bulgarischen Delegirten sich weigerten, die Einfuhr serbischen Viehes nach Bulgarien zu gestatten.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 18. Februar, 12 Uhr Mittags, Oberpegel + 4,89 Meter, Unterpegel — 0,22 Meter. Eisstand. — Warthe bei Posen, 18. Februar, Mittags, 2,00 Meter.